newsletter
Behindertenpolitik
75
März 2019

Kein Plan – Britische Behinderte vor dem Brexit

Im Juni 2016 fand das sogenannte Referendum zum Austritt Großbritannien aus der EU statt, mit dem allseits bekannten Ergebnis. Seinerzeit berichteten wir, dass für Menschen mit Behinderung ein Austritt fatale Folgen haben würde, weil diverse EU-Mindeststandards des Rechtsschutzes und des Diskriminierungsverbots nicht mehr gelten würden (newsletter Nr. 64, Juni 2016).

Inzwischen sind mehr als zwei Jahre vergangen. Ende März endet die damals vereinbarte Übergangsfrist mit dem Austritt der Briten. Das ewige Gezerre über einen sogenannten „Deal“ mit der EU und das Abstimmungschaos im britischen Parlament ganz allgemein ist sicher bekannt, aber was bedeutet das für behinderte Menschen?

Im November letzten Jahres fand eine Anhörung in einem Ausschuss des britischen Parlaments statt. Es ging um

▶ **Fortsetzung S.5**

Das Zeitalter der Extreme

Nein, es geht in diesem newsletter nicht um das große Thema des kurzen 20. Jahrhunderts, wie es der britische Historiker Eric Hobsbawm in seinem 1994 erschienenen Werk unter gleichem Titel behandelt hat. Und dennoch, in viel bescheidenerem Maße kann die Überschrift als Motto für die vorliegende Artikelsammlung gelten.

Wahrscheinlich wäre der Brite Hobsbawm nicht überrascht über das Gebaren der heutigen PolitikerInnen seines Landes angesichts des Chaos, das sie infolge ihrer extremen Positionen bei einem möglichen, nicht möglichen, harten, weichen Austritts Großbritanniens aus der Europäischen Union erzeugt haben. Die Berichterstattung über diesen Brexit begleitet uns schon eine Weile. Jenseits der meist vieldiskutierten Grenzfrage in Irland fragt Volker van der Locht danach, ob und wie die PolitikerInnen negative Folgen des Brexits für behinderte Menschen abwenden wollen. Keinen Plan haben sie, so lassen sich einige Recherchen dazu zusammenfassen (▶ **S. 1**).

Extremen ist nicht nur eine staatliche Gemeinschaft wie die im Vereinigten Königreich ausgesetzt. Extrem können sich auch die Positionen eines Individuums wandeln. Erika Feyerabend erinnert an den Molekularbiologen Ludger Weß, der in den achtziger Jahren kritische Beiträge zur Eugenik des 19. und 20. Jahrhunderts publiziert hat und heute, ganz im Gegenteil, berechtigte Kritik an der Pharma-, Bio- und Chemieindustrie als populistisch lächerlich macht (▶ **S. 4**).

Extrem können jedoch nicht nur politische Einstellungen sein. Sie finden sich auch in der Wissenschaft. Volker van der Locht warf einen Blick in das Buch „Geschlecht und Heimerziehung“. Was nach den Verlagsankündigungen als kritisch-feministische Publikation gilt, Mädchen/Frauen in der Heimerziehung sichtbar(er) zu machen, erwies sich jedoch als eine Abhandlung, die ohne akademischen Abschluss nicht zu verstehen ist. Eben „Neues Altes aus dem wissenschaftlichen Elfenbeinturm“ (▶ **S. 6**).

Nicht ganz so extrem, aber nicht ohne Spannungen stellt sich die Berichterstattung über die Gleichstellung behinderter Menschen in der Bundesrepublik Deutschland dar. Angesichts des zehnjährigen Jubiläums der UN-Behindertenrechtskonvention hierzulande überrascht es nicht, dass die vielen und richtigen Forderungen der Konvention in der Praxis noch nicht verwirklicht sind. Dies legt zumindest die neue Ausgabe der Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“ mit Schwerpunkt „Menschen mit Behinderungen“ nahe. Erika Feyerabend gibt einen Überblick über die Themen des Hefts auf ▶ **S. 2**.

Möglicherweise versetzen die Artikel die Leser und Leserinnen in ein Wechselbad der Gefühle. Die Zeiten entsprechen halt auch heute noch dem Hobsbawm’schen „Zeitalter der Extreme“. Aber wir sind sicher, dass unsere LeserInnen bei der Lektüre nicht die innere Balance verlieren. In diesem Sinne

Für die Redaktion
Volker van der Locht

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Die Ausgabe der regelmäßig erscheinenden Zeitschrift der Bundeszentrale für politische Bildung hat sich dem Thema „Menschen mit Behinderungen" gewidmet. Wir haben die kostenlose Publikation gelesen und geben einen kleinen Einblick in den Inhalt.

Valentin Aichele schreibt über was wohl? Die Behindertenrechtskonvention und ihre Wirkung in Deutschland. Zugegeben, es gibt interessantere Themen. Der Autor, der die Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention in Berlin leitet, liefert ein paar erstaunliche Fakten. Sie widersprechen den allerorten beschworenen Zielen des internationalen Regelwerkes: „Zahlen der Werkstattbeschäftigten zwischen 2008 und 2016 von 228.349 auf 269.616 gestiegen". Oder: „Kamen 2008 noch 167.161 Personen in Wohneinrichtungen unter, waren es 2016 schon 195.437 – eine Steigerung von 28.276. Die Zahlen zum Wohnen fallen noch drastischer aus, wenn Wohngemeinschaften als institutionalisierte Wohnform begriffen und als solche in die Exklusionsquoten einbezogen werden, wie es die 2017 veröffentlichte Allgemeine Bemerkung Nr. 5 des UN-Fachausschusses mit Blick auf das Recht auf Wohnen nahelegt." Inakzeptabel bleibt weiterhin, dass unter Kostengesichtspunkten immer noch Gerichte und Behörden darüber entscheiden, welche Wohnform, ob stationär oder ambulant – „zumutbar" ist – über den Mehrkostenvorbehalt nach Paragraf 13 Sozialgesetzbuch XII.

Sonderpädagogisierung international

Sehr spannend ist auch ein Vergleich zwischen den Inklusionsbemühungen und Intensionen in Nigeria und Deutschland von Julia Biermann, Universitäts-Assistentin am Institut für Erziehungswissenschaften der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck. In beiden Ländern ist aus unterschiedlichen Gründen eine „Sonderpädagogisierung der Inklusion" zu beobachten. In Nigeria haben schon allein wegen Armut fast 30 Prozent aller schulpflichtigen Kinder keinen Zugang zu Bildung. Kinder mit Behinderungen sind drei Mal häufiger vom Ausschluss betroffen. Die Sondereinrichtungen dienen also dazu, überhaupt eine schulische Ausbildung zu ermöglichen. In Deutschland gibt es ohnehin schon ein ausgefeiltes Fördersystem, das weiter erhalten werden müsse. Das angestrebte internationale Ziel, den sonderpädagogischen Ausschluss zu überwinden, scheitert also bislang in beiden Ländern.

Bewegte Zeiten

Viele wissen es schon gar nicht mehr: Die unbestreitbaren Verbesserungen der Lebensumstände von Menschen mit Behinderungen sind nicht auf darum bemühte Pädagog_innen oder gar Politiker_innen zurückzuführen, sondern über Jahrzehnte vor allem von der Behinderten- und Krüppelbewegung mühsam erkämpft worden. Davon berichtet Swantje Köbsell, Aktivistin und Professorin für Disability Studies an der Alice Salomon Hochschule Berlin. Sie lässt die 1950er und 60er Jahre, die Politisierung der Betroffenen in den 1970er Jahren Revue passieren. Sie erinnert an das legendäre UNO-Jahr der Behinderten 1981, das von einem bunten Aktionsbündnis unter dem Motto „Jedem Krüppel seinen Knüppel" begleitet wurde, bis zu den Institutionalisierungen, den Disability Studies und dem Stand der Bewegung der Gegenwart.

Kritik an pränataler Diagnostik

Kirsten Achtelik, Autorin und Journalistin in Berlin, beschäftigt sich mit einem Thema, das seit den 1980er Jahren Frauen mit und ohne Behinderung beschäftigt: die pränatale Diagnostik. Unter dem Titel „Leidvermutung" wird die Frage im Verhältnis zu den Zielen der Behindertenrechtskonvention diskutiert. Die ungeklärte Frage: Lassen sich die menschenrechtlichen Forderung auch auf die Zeit vor der Geburt beziehen und wird damit die pränatale Diagnostik zu einer Methode, die der Inklusion zuwider läuft in puncto Diskriminierung und sozialem Konzept von Behinderung? Unter feministischen Gesichtspunkten eine gefahrvolle Argumentation, weil so auch Abtreibung ungewollter Schwangerschaften beschränkt und „wertkonservative Lebensschützer" gestärkt werden. Mit der pränatalen Diagnostik, so ein anderes Argument, wird nicht nur die Existenz behinderter Ungeborener, sondern auch Geborener in Frage gestellt. Auf der Folie einer in Medizin und Gesellschaft immer noch spürbaren Behindertenfeindlichkeit, gibt es für Kirsten Achtelik nur einen Ausweg: eine wirklich inklusive Gesellschaft, in der das Leben mit Behinderung

nicht als leidbeladen erfahren wird. „Eine inklusive Gesellschaft bedeutet eben nicht ein paar Sonderrechte mehr für Menschen mit Behinderungen, sondern gleiche Rechte und ein schöneres Leben für alle. Es lohnt sich, das auszuprobieren – nicht nur für Menschen mit Behinderungen, sondern auch für Schwangere."

Kritik am sozialen Modell von Behinderung

Paddy Ladd war Dozent am Centre for Deaf Studies (zu Gehörlosigkeit und Gebärdensprache) der University of Bristol. Er macht darauf aufmerksam, dass es 70 Millionen Gehörlose weltweit gibt, die in über 300 Gebärdensprachen kommunizieren. Mitglieder der Sign Language Peoples (SLPs) kämpfen um Anerkennung, sehen sich weder als defizitär an, noch definieren sie sich im medizinischen und auch nicht im sozialen Modell von Behinderung. „Sie verstehen ihre Gemeinschaften als kultursprachliche Einheiten."

Das hat durchaus Tradition. Schon 1760 gab es Gehörlosenschulen, viele wurden selbst von gehörlosen Lehrern gegründet und blühten im Verlauf des 19. Jahrhunderts mit den Gebärdensprachgemeinschaften kulturell auf. Der Autor beschreibt, wie diese „Kultur" über den aufkommenden Sozialdarwinismus und die Eugenik des 20 Jahrhunderts unter Druck geriet, wie sie mit der Bürgerrechtsbewegung der 1960er Jahre die zweisprachliche Bildung und die Anerkennung der Gebärdensprache eine Renaissance erlebte. Und wie sie wieder gefährdet wurde, und zwar von drei Seiten: durch das „soziale Modell" von Behinderung, mit dem zwar Menschen mit Behinderung gesellschaftlich anerkannt würden, „ohne jedoch die kollektiven Lebenswege von Gruppen zu beachten". Unter dem Dach der „Inklusion" kamen Kinder in die Regelschulen. Also sei auch die UN-BRK, trotz der Beteiligung des Weltverbandes der Gehörlosen, nur auf die „Inklusion" als zu fordernder Ansatz festgeschrieben. Durch eine neue medizinisch-technologische Entwicklung, die elektronischen Hörprothesen (Cochlea-Implantate) und die neue Eugenik ist dieses Kollektiv erneut gefährdet. Seine Empfehlung gibt zu denken: „Um politische Veränderungen zu bewirken, müssen Gesellschaften und ihre politischen Entscheidungsträger akzeptieren, dass ihre Perspektiven durch eigene kulturelle Annahmen und Werte bestimmt und begrenzt sind, und zugleich bereit sein, ihr Bewusstsein durch ein wachsendes Verständnis der gesellschaftlichen und sprachlichen Realitäten von Gebärdensprachgemeinschaften zu erweitern."

Körpervergessenheit

Tomas Vollhaber vom Institut für Gebärdensprache der Universität Hamburg setzt sich kritisch mit dem sozialen Modell der Disability Studies und auch dem kulturellen Modell der Deaf Studies auseinander. Er bezieht sich dabei auf die Kölner Soziologieprofessorin Anne Waldschmidt, die in diesem Zusammenhang von „Körpervergessenheit" beider Ansätze schreibt. Stecken die „Verachtung des defizitären und hinfälligen Körpers" und die Tradition einer Idealisierung von Geist und Kultur nicht auch in der von Paddy Ladd favorisierten Sicht auf Gehörlose? fragt der Autor und zitiert Anne Waldschmidt : „Vor allem in körpertheoretischer Hinsicht verdient das soziale Modell tatsächlich Kritik", denn damit wird die „kulturelle Bedingtheit von Behinderung" betont und „die körperliche Differenz" verschwiegen. „Beide Ansätze nehmen Behinderung primär als ein ‚Problem' wahr, das in irgendeiner Weise der ‚Lösung' bedarf", wobei sich die „Lösungsansätze" der beiden Studies nicht wesentlich unterscheiden würden: Die Anhänger des sozialen Modells der Disability Studies und des kulturellen Modells der Deaf Studies (bezogen auf Gehörlose) sehen die Verantwortung bei der Gesellschaft und fordern Barrierefreiheit; Deaf Studies zudem die Anerkennung als sprachliche Minderheit. Wie wäre es, wenn die Körpervergessenheit überwunden und der Körper in den Mittelpunkt des Denkens geraten würde? Vollhaber fragt sich daran orientiert: Was wäre, wenn sich ein Nachdenken auf eine Kritik des Hörens richtet und damit den Körper (nicht)hörender Menschen? Was wäre, wenn nicht Diversität, sondern Differenz im Mittelpunkt stünde? Könnten dann nicht die Ausdrucksmöglichkeiten des eigenen und fremden Körpers gesehen und auch gestaltet werden? „Während Alltagssituationen in der Regel darauf ausgerichtet sind, diese Differenz zu überwinden und auszulöschen, eröffnen Literatur, Film, darstellende und bildende Kunst Räume, die ihren Reichtum aus dieser Differenz schöpfen." Ein Beispiel – für all jene, denen das zu abstrakt tönt, ist das Gehörlosentheater, das Möglichkeiten einer Begegnung von Gehörlosen und Hörenden schaffe. Beispielhaft sei auf die aktuelle Produktion „Und wir flogen tausend Jahre" hingewiesen In dem Stück reisen ein tauber und ein hörender Held durch den Kosmos und verständigen sich bei ihren Abenteuern mit ihrer Laut- und Gebärdensprache, mit mimetischen Mitteln, derer sich jedes Kind und jeder Erwachsene seit jeher bedient. Dazu ist keine Dolmetscherin nötig. Es handelt sich um das gemeinsame kulturelle Erbe der Gebärdensprache, das wir auch aus der Lyrik und bestimmten Theaterformen kennen.

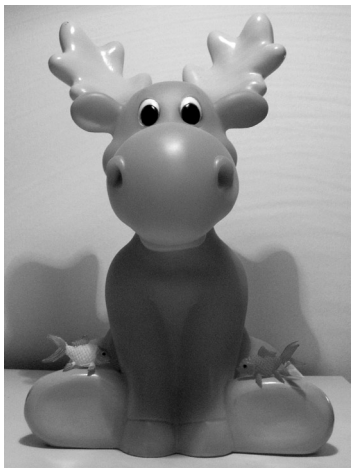
Unsere Empfehlung: anspruchsvoll, lesenswert, kostenlos.

Zum Download oder bestellen: http://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/284904/menschen-mit-behinderungen

Die Hüter der „Wahrheit“ und des „Guten“

Klimakatastrophe? Kritik an naturwissenschaftlichen Erkenntnissen, bezahlt und zu Diensten der Pharma- und Agroindustrie? Ökologische Bedenken? Alles Quatsch! Reiner Populismus! Irrationale Zukunftsangst! Alles wird gut.

Wer denkt sich so was aus? Keineswegs „nur“ die offensichtlichen Profiteure in den Chefetagen der wirtschaftsliberalen Denkfabriken und der befreundeten Bio-Industrie.

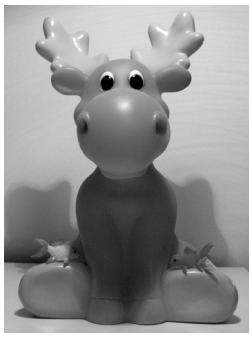


Mittlerweile auch andere Experten, von denen man das nicht wirklicherwartet hat. Zum Beispiel Ludger Weß. Der studierte Molekularbiologe hat sich in den 1980er Jahren verdient gemacht, mit seinen Forschungen zur Eugenik im 19. und 20. Jahrhundert, damals fundiert, gut recherchiert, kritisch und einflussreich in Bewegungen, die sich mit der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit und den gesellschaftspolitischen Auswirkungen der modernen Molekularbiologie auseinandersetzten.

Ludger Weß mixt heute die Eugenikbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts und deren katastrophale Konsequenzen mit den aktuellen (bio)industriekritischen Bewegungen zusammen, um letztere lächerlich zu machen. Einmal kräftig durchrühren, und der Vorwurf des irrationalen Populismus ist perfekt: MeteorologInnen, Klimaforscher, bürgerliche Presse, junge Leute, die freitags auf die Straße statt in die Schule gehen – sie wären es, die eine deutsche Tradition mit zerstörerischen Folgen fortsetzten. Bei Weß liest sich das so:

„Nirgendwo wurde dieses (eugenische, Anm. der Autorin) Katastrophenszenario so ernst genommen wie in Deutschland. Während sich die USA in der Wirtschaftskrise von der Idee verabschiedeten – 15 Millionen Arbeitslose als ‚minderwertig‘ zu sterilisieren, erschien absurd – , hielten Experten und Politiker in Deutschland umso eiserner an der Doktrin fest. Schon in der Weimarer Republik fanden Gesetzentwürfe zur Sterilisation von ‚Erbkranken‘ oder ‚Kriminellen‘ Zustimmung von Katholiken ebenso wie von Sozialdemokraten. Den Nationalsozialisten blieb es vorbehalten, die Sache dann schnellstens in die Tat umzusetzen.“ Und heute? Gibt es wieder eine „erschreckende Rigorosität, mit der in Deutschland Lösungsvorschläge zur Abwendung einer vermeintlichen Endzeit-Katastrophe entwickelt werden (...)“. Klimaschützer würden nicht mehr bereit sein, ihre Positionen zu hinterfragen, sondern statt dessen Andersdenkende eher diffamieren. „Und noch eine Parallele zur Eugenik-Diskussion: anders als in allen anderen westlichen Demokratien gibt es in Deutschland keinen Politiker mehr, der es offen wagt, die herrschende Klimadoktrin (oder den Ausstieg aus der Kernenergie) anzuzweifeln. Im Angesicht der Katastrophe gibt es keine Parteien mehr, sondern nur noch Klimaschützer.“ Alles Zitierte ist online hier nachzulesen: http://www.science-skeptical.de/blog/klimapolitik-und-eugenik-einige-parallelen/006243/

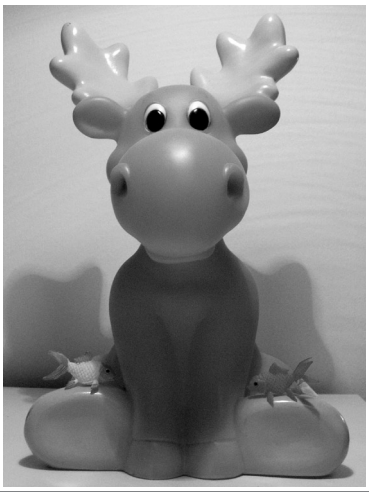
Auch wer sich berechtigte Gedanken um die Qualität der Nahrungsmittel und der Landwirtschaft macht und ein Umdenken hin zu einer biologischen Landwirtschaft ganz gut fände, wird disqualifiziert: „Bio bedeutet also (...) Verschwendung von Ressourcen, mehr noch: Man nimmt in Kauf, dass Pflanzen, die gerettet werden könnten, von Schädlingen vernichtet werden. Mit anderen Worten: Würde die Welternährung auf Bio umgestellt, müsste die Anbaufläche deutlich ausgeweitet werden, wenn man Hungersnöte vermeiden will. Das bedeutete tiefgreifende Eingriffe in die Landschaft: Abholzung von Wäldern, Trockenlegung von Sumpfgebieten, Bewässerung von Trockengebieten ... Wir bräuchten einen zweiten Planeten, um die gesamte Weltbevölkerung mit Bio zu ernähren. (https://www.salonkolumnisten.com/glyphoshima/print/)

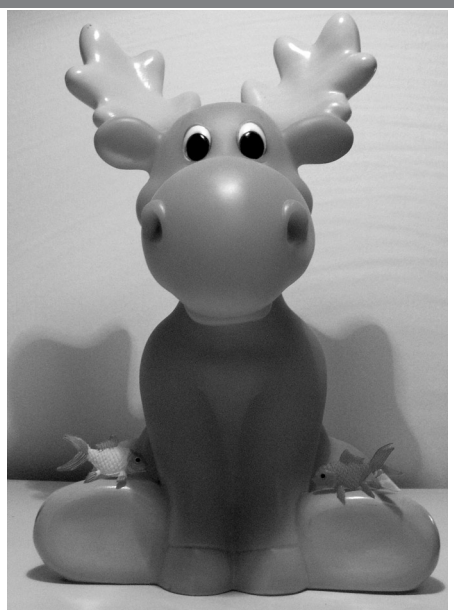


Vielleicht findet Ludger Weß mittlerweile auch die Besiedlung des Planeten Mars überlegenswert oder unausweichlich, weil viele Bürger/innen heute, uneinsichtig und populistisch verblendet, den Bio-Landbau gut finden. Das wird bereits von einigen wildgewordenen Fortschrittsfanatiker propagiert.

Ucpgk Ej_qf_sqqgrxr ·

sollte nicht mit Steinen werfen. Denn schaut man sich mal an, auf welchen Plattformen Ludger Weß publiziert, findet auch die (hauptsächlich) internetbasierte Zeitschrift „Novo“, sie wird u.a. von dem Institute of Ideas in London sowie vom





Industrieverband Agrar unterstützt. Kontakte mit der Industrie sind für das Institute of Ideas kein Problem, mit dem Pharmagiganten Pfizer oder Europabio, zu deren Mitgliedern 60 Lifesciences-Industrieunternehmen gehören, u.a. Monsanto, Bayer, BASF und Evonik. (http://powerbase.info/index.php/Institute_of_Ideas). Die Salonkolumnisten, eine andere Plattform, geben sich offen, genussorientiert und unideologisch. „Uns vereint das fröhliche Eingeständnis, dass wir keine Utopie haben. ... Uns vereint ferner, dass wir den Endzeitpropheten nicht glauben. Die Welt geht nicht unter. Der Treibhauseffekt wird nicht dazu führen, dass bald der Kölner Dom unter Wasser steht. (...) Gentechnik ist keine Frankensteinwissenschaft und Atomenergie kein Teufelszeug."

Fehlt nur noch: Freie Fahrt für freie Bürger.

„Die schärfsten Kritiker der Elche waren früher selber welche" (Neue Frankfurter Schule). Den neuen Lehrmeistern, die vor allem gegen jede gesellschaftspolitische Anfrage an die heutige Wirtschaftsweise polemisieren, steht der Sinn offensichtlich danach: die (bio)unternehmerische „Freiheit" gegen jede Kritik zu immunisieren – und das auf (eine alte Vokabel) Stammtischniveau. Noch unklar ist: Was treibt sie an?

Erika Feyerabend, Essen

Fortsetzung von S.1

die Folgen des Brexits für den Gesundheits- und Sozialbereich. Dort gab eine parteilose behinderte Abgeordnete zu Protokoll, dass ihr John Evans, einer der ersten Aktivisten der Selbstbestimmt-Leben Bewegung in Großbritannien, berichtet habe, er hätte in den vergangenen 34 Jahren Assistenzkräfte beschäftigt, die aus fünfzehn verschiedenen EU-Ländern kamen. Wenn es nun der Regierung nicht gelingt, den Zugang zur EU mit ihrem riesigen Pool an Arbeitskräften offenzuhalten, damit sie als Assistenten im Vereinigten Königreich arbeiten können, würde er die Fähigkeit verlieren, selbstbestimmt zu leben. Es könnte bedeuten, dass er gezwungen ist, in ein Wohnheim zurückzukehren, 34 Jahre nachdem er sich aus dem Chesire-Heim befreit hatte.

Eine Labour-Abgeordnete fragte den zur Rede gestellten Sozialminister Matt Hancock, welche Politik der Beschäftigungssicherung im Sozialbereich er in Zukunft machen würde, angesichts eines drohenden No-Deal-Brexits – also eines Austritts ohne Vereinbarung mit der EU.

In der Befragung wurde offensichtlich, dass sich Hancocks Ministerium darüber keine Gedanken gemacht hatte. Er berichtete lediglich, dass der größere Teil der ausländischen Beschäftigten im Sozialbereich aus Nicht-EU-Ländern stamme. Er plane zudem ein „Green-Paper" für Anfang 2019, das die Arbeitserlaubnis für ausländische Arbeitskräfte regelt. Darüber hinaus wolle er auf lokaler Ebene Menschen schulen, im Sozialbereich zu arbeiten. Hancock: „Es ist doch mehr als eine lohnenswerte Karriere." Ebenso betonte er, für alle Eventualitäten zu planen. Ein No-Deal-Brexit sei schwierig, „aber wir sind überzeugt, dass wenn jeder alles tut, was nötig ist, dann haben wir einen uneingeschränkte medizinische Versorgung".

Überzeugen konnte der Minister damit nicht. Schon einige Zeit vorher hatte ein Sachverständiger dem Parlamentsausschuss berichtet, dass ein No-Deal-Brexit ein ziemlich großes Problem verursachen würde, weil das gegenwärtige Vertrauen der Beschäftigten aus EU-Ländern schwinden würde – sprich: sie würden wegbleiben. Zudem würden die Beschäftigten im Sozialbereich mit Arbeitern und Arbeiterinnen in anderen Niedriglohn-Sektoren der britischen Ökonomie konkurrieren. Das heißt: Es würde eine Konkurrenz um die niedrigsten Löhne entfaltet.

Menschen mit Behinderungen, die auf Assistenz angewiesen sind, sehen die drohenden Qualitätsverschlechterungen im Sozialbereich mit größter Sorge. Die Vereinigung „Inclusion London" schätzte im Dezember letzten Jahres die drohende Beschäftigungskrise in diesem Bereich als „potenziell desaströs" ein. Aber es geschieht nichts. Vor einigen Wochen, im Februar, verweigerte das Ministerium sogar Informationen zur Beseitigung dieser Beschäftigungskrise. Offensichtlich haben die Regierung und das Sozialministerium keinen Plan, und selbstbestimmt leben wird nach einem Brexit für viele Behinderte nur noch ein Traum sein.

Volker van der Locht, Essen

Buchbesprechung

Neues Altes aus dem wissenschaftlichen Elfenbeinturm

„Das Komplizierte, so wird uns schon in der Schule gesagt, sei das Wertvolle. Das halte ich für absoluten Unsinn."
Ferdinand von Schirach, Schriftsteller

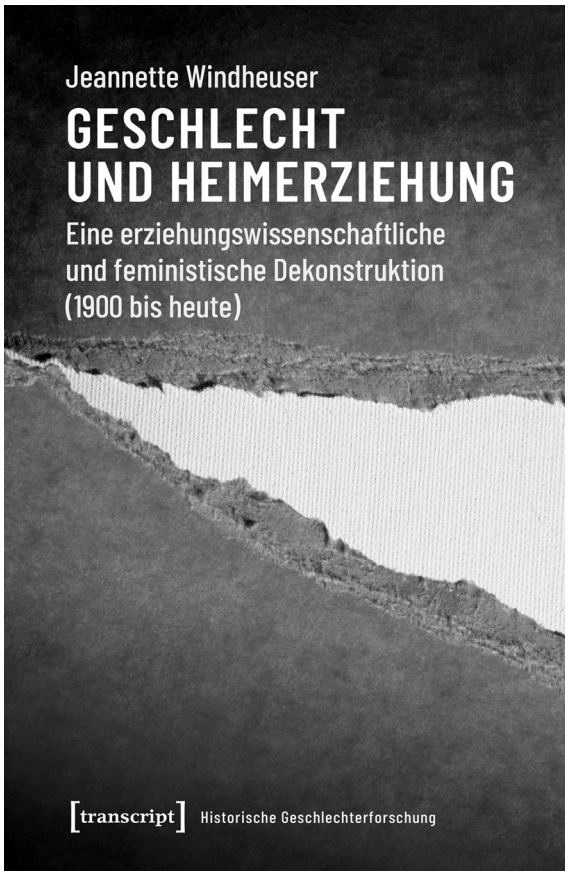
Wissenschaft hat sich seit gut zweihundert Jahren als Disziplin der Aufklärung von falschen und verschrobenen Vorstellungen verstanden. Dafür hat es immer wieder positive Beispiele gegeben, und es gab sogar ganze wissenschaftliche Schulen wie die „Frankfurter Schule" um Theodor Adorno und Herbert Marcuse. Auch die feministische Theorie fühlt sich dem Aufklärungsgedanken verpflichtet, patriarchalische Herrschaftsstrukturen offenzulegen – in der Absicht, die bestehenden Gesellschaftsverhältnisse zu verändern.

Dies vorausgesetzt, nahm man mit gespannter Erwartung ein Buch der Wuppertaler Pädagogin Jeannette Windheuser in die Hand, welches gut in die Zeit gegenwärtiger Diskussionen um Gewalt an früheren Heimkindern passt. Es trägt den interessanten Titel „Geschlecht und Heimerziehung. Eine erziehungswissenschaftliche und feministische Dekonstruktion (1900 bis heute)". Erschienen ist das Buch als Band 1 in der Reihe „Historische Geschlechterforschung" im Transcript Verlag Bielefeld.

Beim Lesen des Buches wird die anfängliche Aufklärungserwartung vollständig enttäuscht. Die völlig theorieüberladene, verklausulierte Sprache macht es einem oder einer Uneingeweihten unmöglich, den Gedankengängen zu folgen. LeserInnen sei also das Hinzuziehen eines Philosophischen Wörterbuches bei der Lektüre empfohlen.
Auch die Dekonstruktion der Geschlechterordnung in der Heimerziehung seit 1900 bis heute – ein viel zu großes Thema für eine/n AutorIn – wird nicht eingelöst. Wohl wird im ersten Teil ein recht guter Überblick über den Forschungsstand zu Geschlecht bzw. weibliches Geschlecht und Heimerziehung entfaltet. Besonders sticht hier die gesellschaftspolitische Rahmung hervor, Heimerziehung als gesetzliche Kategorie der Jugendwohlfahrt zu verstehen. Das heißt, Tendenzen der „Verwahrlosung" Jugendlicher zu begegnen. Dass der Begriff der „Verwahrlosung" politisch höchst umstritten ist, bei männlichen und weiblichen Jugendlichen verschieden definiert wird und den Zeitumständen entsprechend in der Weimarer Republik, im Nationalsozialismus und in der heutigen Bundesrepublik jeweils unterschiedlich gefüllt wurde, versteht sich. Auch die unterschiedlichen Zäsuren, die die Autorin Jeannette Windheuser benennt, sind gut gewählt: Der Beginn des vorigen Jahrhunderts und die erste Frauenbewegung, parteiliche Mädchenarbeit und die zweite Frauenbewegung in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik und schließlich die Jugendhilfeplanung im heute existierenden Neoliberalismus. Hier finden sich vielfältige Hinweise, wie staatliche Familien- bzw. Frauenpolitik jeweils dominierenden ökonomischen Erfordernissen angepasst werden, um die bestehenden Machtverhältnisse aufrechtzuerhalten.

Nach diesen theoretischen Erörterungen folgt ein empirischer Teil, in dessen Kern die Interpretation mehrerer Interviews mit weiblichen und männlichen Jugendlichen in Jugendhilfeeinrichtungen steht. Wer nun erwartet hätte, dass in den Gesprächen die Jugendlichen Auskunft über ihr Leben geben und ersichtlich wird, wie sie in eine Einrichtung öffentlicher Ersatzerziehung gerieten, wird leider enttäuscht. Ansatz der Gesprächsführung war ein fotografie- und leitfadengestütztes Interview. Anhand von mehreren selbsterstellten Selbstporträts sollten die Mädchen und Jungen zu diversen Themen des Leitfadens Auskunft geben: Normen, Differenzen, Ideale usw. Selbstverständlich geht es um Geschlecht, und es verwundert nicht, dass Jungen wie Mädchen jeweils geschlechtstypische Vorstellungen haben. Was diese Vorstellungen nun wieder mit der Heimerziehung zu tun haben, erschließt sich dem Leser/der Leserin nicht. Warum sollten sich Heimjugendliche in ihren Wertvorstellungen wesentlich von ihren AltersgenossInnen außerhalb von Heimen unterscheiden?

Ärgerlich ist jedoch der völlig individual-psychologische Interviewansatz, der dem gesellschaftstheoretischen Rahmen des ersten Buchteils diametral entgegensteht. Das mag damit zusammenhängen, dass die Interviews am Anfang der Studie standen, wie die Autorin bemerkt. Aber anstatt einzugestehen, sich verrannt zu haben und noch einmal neu anzusetzen – also entsprechend dem theoretischen Kenntnisstand erneut Interviews zu führen, werden die Gespräche in ihrem abgehobenen Konstrukt integriert und von unmöglichen (Forschungs)-Methoden



geredet. Nur zum Verständnis: „Die unmögliche Methode – erkenntnistheoretische und methodologische Perspektive“, so lautet tatsächlich ein ganzes Buchkapitel, in dem in der durchgängig verklausulierten Sprache die benutzte Forschungsmethode (v)erklärt wird.

Davon einmal abgesehen, hätte sich aus der Auswahl der Interviewten und den im Buch zitierten Gesprächspassagen der eine oder andere Bezug zum Theorieteil ergeben. Unklar bleibt etwa, in welchen Einrichtungen unter welcher Trägerschaft die Jugendlichen leben. Hier wäre die Erhebung empirischer Daten der Einrichtung hilfreich gewesen. Welche Jugendlichen bedürfen heute der Ersatzerziehung? Was wird heute unter „Verwahrlosung“ oder „Abweichung“ verstanden? Wie hat sich die Klientel in der Einrichtung in den letzten Jahren verändert? Verschiedentlich kam der Migrationshintergrund der Heimjugendlichen in den Ausführungen zur Sprache. Hier stellt sich doch unmittelbar die Frage, wie sich im heute existierenden Neoliberalismus die globalen Migrationsströme konkret in der Zusammensetzung der BewohnerInnen in Jugendhilfeeinrichtungen spiegeln.

Unklar bleibt auch, um was für eine Wohnform es sich handelt, in denen die interviewten Jugendlichen leben. Ich vermute, es sind betreute Jugendwohngemeinschaften. Wie unterscheiden sich diese von den Großeinrichtungen der Fürsorgeerziehung in vergangenen Zeiten? Oft sind die heutigen Heimträger auch die alten. Was hat sie zur Einrichtung fortschrittlicheren Wohnformen veranlasst? Sicher spielten die vorangegangenen Emanzipationsbestrebungen, Mädchenhausinitiativen etc. eine Rolle. Aber sind es nicht auch gesamtgesellschaftliche Erfordernisse bei der Restrukturierung des Kapitalismus? Nancy Fraser, die auch von Windheuser im Theorieteil erwähnt wird, schreibt, dass diverse antirassistische, feministische, umweltbezogene und andere Bewegungen ihren Anteil bei der Durchsetzung marktfreundlicher Sichtweisen im neoliberal umstrukturierten Kapitalismus hatten. Aufgegriffen wird das aber nicht. So könnte man/frau fragen: Spiegeln sich in den flachen Hierarchien moderner (Internet)-Konzerne die flachen Hierarchien in den Jugendeinrichtungen mit dem Sozialarbeiter-Kumpel oder der der Pädagogin-Freundin als Mitarbeitende? Das drückt sich zumindest in einzelnen Fotografien und Interviewpassagen aus. Warum gibt es kein Gespräch mit einer Pädagogin? Hier könnte ihre Berufsmotivation mit dem Berufsbild der Fürsorgerin nach 1900 kontrastiert werden. Dieser Beruf wurde von bürgerlichen Frauen der ersten Frauenbewegung entwickelt. Dieses und noch vieles mehr bleibt unbeantwortet. Ich möchte es hierbei belassen.

Besonders ärgerlich ist jedoch die Geringschätzung der Jugendlichen. Positiv an den Berichten über Gewalterfahrungen in der Heimerziehung der vergangenen Jahre war, wenn die betroffenen ehemaligen Heimkinder ihre Sicht der Dinge überhaupt einer größeren Öffentlichkeit zur Kenntnis bringen konnten. Das kann/konnte durchaus durch leitfadengestützte Interviews geschehen, um den Betroffenen eine strukturierende Gesprächshilfe zu geben. Wenn dann eine Veröffentlichung erschien, konnten sie darauf verweisen, hier an der oder der Stelle, da ist meine Geschichte dokumentiert. Darin drückt sich u.a. das emanzipatorische Konzept der partizipativen Forschung aus. Das heißt, die Beforschten werden an der Ergebnissicherung und Darstellung der Ergebnisse beteiligt. Das ist mit Windheusers Publikation überhaupt nicht möglich. Ihr Buch kann sie den Jugendlichen kaum vorlegen. Ihr Verhältnis zu den Jugendlichen ist hierarchisch – ganz nach dem Motto: Interview geführt und schnell zurück in die Studierstube an der Uni. Oder anders ausgedrückt: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen! Ihr Leitfaden diente allein der Überprüfung der eigenen theoretischen Annahmen. Nirgends eine offene Frage, mit der die Jugendlichen erzählen konnten, was ihnen wichtig ist. Das hat mit partizipativen; emanzipatorischen auch feministischen Ansätzen nichts zu tun. Also Wissenschaft im Elfenbeinturm wie anno dazumal. Aufklärung im Sinne politischen Eingreifens sieht anders aus.

Volker van der Locht, Essen

Schon gesehen?

„Wie jeden Dienstag, ist es auch heute wieder Zeit für frische, handgepflückte Links zu Inklusion & Innovation“. So beginnt jede Woche der wirklich informative und lesenswerte Newsletter von Behindertenaktivist Raúl Krauthausen (Sozialhelden e.V. in Berlin). Wer ihn noch nicht kennt oder auch unterstützen will, kann das ganz einfach und unkompliziert unter: https://raul.de/kontakt

Petition

Von wegen Barrierefreiheit

David Lebuser hat der Deutschen Bahn geschrieben. Denn: Seit die Geschäftsbedingungen sich in diesem Jahr geändert haben, gilt der Mobilitätsservice nicht mehr für alle Verbindungen, sondern nur noch für die der Deutschen Bahn sowie für 18 private Bahnunternehmen. Die Eurobahn, die u.a. zwischen Münster und Dortmund fährt, ist jedenfalls nicht dabei. Diese Strecke nutzt David Lebuser regelmäßig. Die Eurobahn schiebt den schwarzen Peter zurück an die Deutsche Bahn: „Auf einen barrierefreien Zugang zu den Bahnhöfen und Bahnsteigen“ habe das Unternehmen „leider keinen Einfluss“, schreibt Eurobahn in einer E-Mail. „Dieser liegt in der Verantwortung der DB.“ Das Unternehmen will die Kosten für die mobiler werdenden Rollstuhlfahrer_innen aber nicht alleine tragen und nur ein Teil die privaten Konkurrenten habe sich an den Kosten beteiligt. So wird der Streit auf die Behinderten abgewälzt. Das findet auch der Sozialverband Deutschland (SoVD) inakzeptabel.

Kay Marcquarrie träumt zwar davon, dass alle Bahnhöfe und auch Züge barrierefrei sind, um auch mal spontan reisen zu können. Das bleibt wohl vorerst ein Traum. „Ich pendele beruflich zwischen Kiel und Berlin und nutze dafür die Bahn. Der derzeitige Buchungsprozess kostet mich allerdings viel Zeit und Nerven und ist ein ewiges Ärgernis. Deswegen fordere ich die Deutsche Bahn auf, das Anmelden des Mobilitätsservice in den Buchungsprozess für Online-Tickets aufzunehmen. Das würde mein Leben und das von Millionen von Menschen mit Mobilitätseinschränkungen wesentlich erleichtern.“ Kai Marcquarrie hat deshalb eine Petition gestartet, die David Lebuser und aufgrund des nicht barrierefreien Dortmunder Bahnhofs für den Aus- und Umstieg den Mobilitätsservice braucht – mit ihm fast 80.000 MitstreiterInnen. Angestrebt sind 150.000.

Hier geht’s zur bescheidenen Petition:

https://www.change.org/p/deutsche-bahn-ag-bahnfahren-einfach-machen-auch-f%C3%BCr-rollifahrer-db-bahn

Lust zu schreiben?

- interessante Reportagen
- Erfahrungsberichte
- kompetente Analysen
- spitze Kommentare
- anregende Rezensionen und Kritiken

... oder sonst etwas aus der Welt behinderter Menschen

Der/Die melde sich:

newsletter Behindertenpolitik
Volker van der Locht
Finefraustr. 19
45134 Essen
Tel. 0201/4309255
E-Mail:volkervanderlocht@t-online.de

Lydia Zoubek...

... wurde als Kind arabischer Eltern in Jordanien geboren. Im Alter von vier Jahren kam sie nach Deutschland, besuchte die Schule und machte das Abitur. Auf ihrem Blog schreibt sie über den praktischen Alltag als blinde Frau. Theoretische Inhalte werden nebenbei vermittelt. https://lydiaswelt.com/

Impressum

newsletter Behindertenpolitik Nr. 75
(erscheint als Beiheftung von BIOSKOP Nr. 85)

Redaktion und Mitarbeit:
Volker van der Locht (viSdP), Erika Feyerabend,

Redaktionsadresse:
Finefraustraße 19, 45134 Essen
Tel. 02 01 / 4 30 9 2 55
E–Mail: volkervanderlocht@t–online.de

Druck:
Zeit-Druck-Thäns, 35083 Wetter